

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

382

Zweite Ausgabe

Wien, am 4. Dezember 1931.

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1932.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 fort.

Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe "Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten". Den Bericht erstattet amtsführender Stadtrat Kokrda, der eingehend das Approvisionierungswesen, namentlich die Beschickung der Wiener Viehmärkte, behandelt. Die Belieferung der Wiener Viehmärkte durch das Inland nehme in der letzten Zeit einen erfreulichen Aufschwung. Während in den ersten elf Monaten des Jahres 1930 der Wiener Rindermarkt mit 36.813 Stück lebenden Inlandsrindern beschickt worden sei, betrage die Zahl der in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres auf dem Wiener Rindermarkt eingetroffenen Inlandsrindern bereits 59.743 Stück. Noch günstiger gestalte sich der Auftrieb von Inlandsschweinen auf dem Schweinemarkt. In den ersten elf Monaten des Jahres 1930 beschickte das Inland den Wiener Schweinemarkt mit 40.397 Stück Schweinen. In der gleichen Zeit des heurigen Jahres waren es schon 181.798 Stück Schweine, die das Inland auf den Wiener Markt lieferte. Ueber die städtischen Lagerhäuser teilt der Referent mit, dass der Betrieb ein zufriedenstellender sei. Die Einlagerungen in den städtischen Lagerhäusern betragen am 1. Dezember 1929 rund 1.340 Waggons, am 1. Dezember des Vorjahres 2.039 Waggons und am Dezember des heurigen Jahres 3.000 Waggons.

Vizebürgermeister Hoss erklärt, die stärkere Belieferung der Wiener Viehmärkte durch das Inland sei überaus begrüßenswert. Der Redner bespricht eingehend das Schul- und Fortbildungsschulwesen; er erklärt, die Wiener Schulverhältnisse seien schlechter denn je, und verlangt die Schaffung eines eigenen Schulreferates mit einem verantwortlichen Referenten im Rahmen der Gemeindeverwaltung sowie eine Herabsetzung der Beiträge der Gewerbetreibenden für die Fortbildungsschulen.

Gemeinderat Stöger wünscht, der Referent möge den Berichten über eine geplante Verlegung des Nachmarktes durch eine offizielle Erklärung entgegentreten. Bezüglich des Schulwesens stellt der Redner fest, dass seit 1923 bis heute über 12 Millionen Schilling für die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel aufgewendet worden seien. Nichtsdestoweniger sei das Ziel, das sich die Gemeinde gesteckt habe, nicht erreicht worden, denn mit einem Bleistift und einem Heft kommen die Kinder nicht aus und die Eltern müssten erst recht die notwendigen Lernmittel kaufen. Der Redner beantragt, die unentgeltliche Abgabe von Lernmitteln an Besitzende einzustellen, dafür aber den Kindern unbemittelter Eltern in der Schulpause Milch unentgeltlich zu verabfolgen.

Gemeinderat Uebelhör erklärt unter anderem, die Gewerbetreibenden empfinden es als Unrecht, einen höheren Beitrag für die Fortbildungsschulen als die Gemeinde leisten zu müssen, ohne einen Einfluss auf die Schulverwaltung zu besitzen.

Nach einigen Bemerkungen des Gemeinderates Krammer verlangt Gemeinderat Angermayer Aufklärung über den Schuldenstand der städtischen Lagerhäuser. Bei der Post "Baustoffbeschaffung" werden die allgemeinen Unkosten verhältnismässig hoch präliminiert; der Betrieb schein vollkommen unrentabel zu sein. Beim Wirtschaftsamt sei der Personalaufwand mit über 785.000 Schilling vorgesehen; der Sachaufwand betrage rund 404.000 Schilling. In dem Sachaufwand seien nicht weniger als 320.000 Schilling an allgemeinen Unkosten inbegriffen. Der Redner verlangt entsprechende Aufklärungen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 4. Dezember 1931.

Stadtrat Kokrda erklärt in seinem Schlusswort, von einer Verlegung des Naschmarktes sei keine Rede und die Gerüchte, die von einer Verlegung wissen wollen, entbehren jeder Grundlage. Er gibt die gewünschten Aufklärungen, worauf die Positionen der Verwaltungsgruppe "Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten" angenommen werden. Der Antrag Stöger wird abgelehnt.

Amtsführender Stadtrat Linder berichtet über die Verwaltungsgruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten". Er führt unter anderem aus, dass trotz Sparmassnahmen bei der Feuerwehr neue Geräte für 191.000 Schilling angeschafft werden. Die Schlagfertigkeit der Wiener Feuerwehr sei nach wie vor vorbildlich. Der Personalstand der Gemeindegewache werde auf 200 Mann herabgesetzt.

Gemeinderat Uebelhör meint, dass trotz des bedeutenden Ausbaues des Feuerschutzes namentlich die Vorsorge bei den Theatern noch immer ausbaubedürftig sei. Der Redner verlangt die Drucklegung des stenographischen Protokolles der Gemeinderatssitzungen und beantragt schliesslich, den für die Förderung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte vorgesehenen Betrag von 20.000 Schilling auf 50.000 Schilling zu erhöhen.

Gemeinderat Stöger erklärt, dass die Gemeinde mit der Kinozensurstelle Vogel-Strausspolitik betreibe und stellt den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage zwecks Novellierung des Kinogesetzes auszuarbeiten, die dem Landtag zur Beschlussfassung zu übermitteln ist. In einem zweiten Antrag verlangt der Redner, den nach Wien zuständigen Besitzern der goldenen Tapferkeitsmedaille das Bürgerrecht der Stadt Wien zu verleihen.

Gemeinderat Angermayer bemängelt die Ungleichheit der Darstellung des Personalaufwandes bei den verschiedenen Kapiteln; teilweise ist der Personalaufwand speziell veranschlagt, teilweise jedoch nur in der allgemeinen Post der Verwaltungsgruppe "Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform" zu finden. Wenn Sie nicht den Vorwurf der Verschleierung ertragen wollen, müssen Sie mit dieser Verrechnungsmethode sofort aufräumen. Der Redner stellt den Antrag, noch vor der Beratung des Voranschlages im Gemeinderat den Personalaufwand für die einzelnen Betriebe detailliert nach Haupt- und Nebenbezügen, Aufwandsgebühren, allfälligen Remunerationen, Ruhe- und Versorgungsgenüssen usw., nach Betrieben unter den Betriebsausgaben geordnet, oder durch Beibringung der früher bestandenen Sonderausweise bekanntzugeben.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Positionen der Verwaltungsgruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" genehmigt. Die Anträge Uebelhör und Stöger werden abgelehnt.

Stadtrat Breitner berichtet kurz über "Bilanz und Bedeckung". Gemeinderat Uebelhör präzisiert den ablehnenden Standpunkt der Minderheit, worauf das Kapitel "Bilanz und Bedeckung" genehmigt wird.

Das Referat über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen erstattet Vizebürgermeister Emmerling. An Neuherstellungen, Inventarschaffungen und wertvermehrenden Erneuerungen seien bei den Gaswerken 5'88 Millionen Schilling, bei den Elektrizitätswerken 5'60 Millionen Schilling, bei den Strassenbahnen 3'51 Millionen Schilling, beim Brauhaus 500.000 Schilling und bei der Leichenbestattungsunternehmung 98.000 Schilling, zusammen 15'60 Millionen Schilling vorgesehen. Mit Ausnahme der Strassenbahnen veranschlagen alle Unternehmungen einen Ueberschuss. Vizebürgermeister Hoss bringt Beschwerden über den Strassenbahn- und Autobusverkehr vor, GR. Stöger wünscht Aufklärung über den Stand der Versuche zur Entgiftung des Gases; GR. Angermayer erklärt, dass an den Abgang bei den Strassenbahnen nur die Verwaltung des Betriebes schuldtragend sein könne. GR. Krammer bringt ebenfalls Beschwerden über den Strassenbahnverkehr vor, GR. Uebelhör verlangt die Rückzahlung der seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen für Gas und Strom.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 4. Dezember 1931.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen genehmigt.

Damit ist die Beratung über den Voranschlag und die Wirtschaftspläne für 1932 im Wiener Stadtsenat und im städtischen Finanzausschuss abgeschlossen.

Der Voranschlag für 1932 wird nunmehr dem Gemeinderat der Stadt Wien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Gemeinderatsverhandlungen beginnen am kommenden Mittwoch.

Feuerbestattung des Malers Hans Temple.

Auf Anordnung des Bürgermeisters wird die Einäscherung der Leiche des vor kurzem verstorbenen Malers Hans Temple und die Beisetzung der Asche ehrenhalber auf Kosten der Gemeinde Wien durchgeführt werden. Die Einäscherung findet morgen, Samstag, um 12 Uhr mittags in der Feuerhalle der Stadt Wien statt.

Schneefall in Wien.

Der während des ganzen Tages herrschende Schneefall hat trotz allen Vorkehrungen in Wien auch Verkehrsschwierigkeiten hervorgerufen. Der städtische Fuhrwerksbetrieb, dem die Schneesäuberungsarbeiten in den Wiener Strassen obliegen, hatte bereits zeitlich morgens sein gesamtes Personal in den Dienst der Säuberung der Strassen vom Schnee gestellt. Die städtischen Strassenbahnen hatten ausser ihrem eigenen Personal überdies etwa 3500 Schneearbeiter zur Freimachung der Gleise aufgenommen. Der gesamte Maschinenpark, Pferdeschneepflüge, Motorschneepflüge und Autoschneepflüge, war sowohl vom städtischen Fuhrwerksbetrieb wie auch von den Strassenbahnen in Betrieb gesetzt worden. Nachmittags setzte dann ungefähr um 15 Uhr ein besonders starker Schneefall ein, der einige Stunden hindurch in gleicher Stärke anhielt. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen, die alle Schneesäuberungsmaschinen und das gesamte für die Schneesäuberung bestimmte Personal in ständiger Bereitschaft gehalten hatte, liess sofort alle Schneepflüge zur Freimachung des gesamten Netzes ausfahren. Zur Verhütung von Vereisungen wurden auch alle Gleisanlagen der Strassenbahn mit Salz bestreut. Unmittelbar nach Rückkehr der Schneepflüge wurden sie zum zweiten Male zur Befahrung des ganzen Netzes eingesetzt. Dadurch konnten Unterbrechungen und Einstellungen von Strassenbahnlinien verhindert werden. Es traten jedoch bei einzelnen Linien zum Teil beträchtliche Verspätungen im Strassenbahnverkehr ein. Da die Schneepflüge natürlich langsamer fahren müssen als die Personen führenden Strassenbahnzüge, sind diese Verspätungen erklärlich; die unmittelbar nach den Schneepflügen fahrenden Strassenbahnzüge mussten Verspätungen erleiden. Grössere Verspätungen im Strassenbahnbetrieb ergaben sich, wenn Pferdefuhrwerke oder Lastautomobile längere Zeit hindurch nicht weiterfahren konnten und auf den Gleisanlagen stehen blieben. Bis 19 Uhr waren jedoch alle Verkehrsschwierigkeiten bei den städtischen Strassenbahnen behoben.
